

22.01.2024

An alle  
Kolleginnen und Kollegen  
über die Ortsverbände in NRW

nachrichtlich:  
BV Rheinland und Westfalen-Lippe  
Landeshauptvorstandsmitglieder

- 1. Nie wieder ist jetzt – Gegen Hass und Hetze**
- 2. Landtagsanhörung zum Thema Besoldungswidersprüche**
- 3. Flächenreduzierung in Sicht – Finanzämter werden kleiner**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

alles Gute zum neuen Jahr.

Vorab eine hervorragende Nachricht.

Im Jahr 2023 haben sich 1.336 Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich der Finanzverwaltung und des BLBs entschlossen, Mitglied unserer starken Gewerkschaft zu werden. Das ist der höchste Mitgliederzuwachs, den wir bisher erreichen konnten. Insgesamt sind wir jetzt mehr als 19.000 Mitglieder. Vielen Dank an alle, die sich entschieden haben, die DSTG als ihre berufliche Interessenvertretung zu unterstützen. Vielen Dank an alle Kolleginnen und Kollegen, die in zahllosen Gesprächen über die Arbeit der DSTG erzählt und berichtet haben. Und vielen Dank an die Ortsverbände, die direkt in den Dienststellen die Arbeit der Gewerkschaft erläutern, Infos weiterleiten und manchmal auch den Ärger abbekommen.

Wir sind stolz auf dieses Miteinander. Und das wir gemeinsam schlagkräftig und für Politik und Verwaltung gut sichtbar sind, hat nicht zuletzt die großartige Beteiligung an der Demo zur Einkommensrunde am 05.12.2023 gezeigt. Auf gehts in ein ereignisreiches Jahr 2024.“

## **1. Nie wieder ist jetzt – gegen Hass und Hetze**

**Die DSTG NRW unterstützt die Initiative der Landesregierung „Nie wieder ist jetzt – gegen Hass und Hetze“. Für uns ist es wichtig, sich entschieden und lautstark für die Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung einzusetzen. Und sich klar gegen Hass, Hetze und Intoleranz abzugrenzen.**

**Deshalb rufen wir dazu auf, sich an den im ganzen Land stattfindenden Kundgebungen und Demonstrationen gegen Hass, Ausgrenzung, Hetze, völkisches Gehabe und rechtsnationale Parolen zu beteiligen. Nie wieder ist jetzt!**

Die Lage in unserem Land ist ernst. Noch nie seit 1945 waren in unserer Gesellschaft Missgunst, Neid, Ausgrenzung und Fremdenhass derart präsent, ja sogar „gesellschaftsfähig“ und für einige „wählbar“ wie in diesen Tagen. Politik, Kirchen, Gesellschaft, Vereine, Verbände, Gewerkschaften und Gruppierungen aller Art, die für eine freiheitliche pluralistische Gesellschaft stehen, sind zurecht besorgt. Und rufen die oft schweigende Mehrheit zu einer Vielzahl von Kundgebungen und Aktionen auf. Sichtbare Demokratie ist der Grundsatz, der jetzt mit Leben gefüllt werden muss.

Es gilt, unsere Demokratie und unsere offene Gesellschaft aktiv zu verteidigen. Jetzt gilt es, den Glauben an ein freiheitliches, tolerantes und gleichberechtigtes Miteinander auf die Straße zu tragen. Und damit die Meinungsmache nicht denjenigen zu überlassen, die einen anderen, einen autoritären und nationalistischen Staat wollen.

Zitate:

„Es ist unerträglich, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland Angst um ihre Sicherheit haben. Unsere gemeinsame Verantwortung ist, allen entgegenzutreten, die sich auf die Seite des Terrors stellen. Nie wieder ist jetzt! Ohne Wenn und Aber.“ (Ministerpräsident Hendrick Wüst, 25.10.2023)

„Jeder in diesem Land ist dazu aufgerufen, aufzustehen und sich ganz klar zu positionieren. Es soll keiner rumjammern hinterher, wenn er nachher von einer autoritären, rechtsnationalistischen Gruppierung regiert wird, wo die freiheitlichen Grundrechte, die wir uns nach dem Desaster 1945 hart erarbeitet haben, den Bach runter gehen. Jeder ist selbst verantwortlich.“ (Christian Streich, Trainer SC Freiburg)

"Extremistische, rassistische, und völkisch-nationalistische Einstellungen schlagen Gott ins Gesicht. Wenn Extremisten unverhohlenen Pläne zur Vertreibung von Millionen Menschen schmieden, wird deutlich, dass unsere Demokratie skrupellose Feinde hat." (Synodenpräsidentin der ev. Kirche Anna-Nicole Heinrich)

„Wir haben uns als Deutschland geschworen: Nie wieder. Nie wieder schauen wir weg. Nie wieder schweigen wir, wenn jüdisches Leben bedroht ist. Nie wieder hat kein Schlussdatum. Nie wieder ist eine Haltung“ (Lars Klingbeil, SPD)

## 2. Anhörung zur Frage des Umgangs mit den Besoldungswidersprüchen

**An 16.01.2024 wurde im Rahmen einer Landtagsanhörung Sachverständige zur Frage des Umgangs mit den rund 85.000 offenen Widersprüchen gegen die Besoldung angehört. Auslöser war ein entsprechender Antrag der FDP-Fraktion.**

**Im Rahmen der Anhörung verwies die DSTG in ihrer schriftlichen Stellungnahme (siehe Anlage) auf die für alle Jahre geltende Notwendigkeit, nachvollziehbare und rechtssichere Regelungen für eine verfassungsfeste Besoldung zu schaffen. Und das kurzfristig, nachdem inzwischen Widersprüche zurück bis 2011 im LBV auf Halde liegen.**

Mit der schriftlichen Stellungnahme weitete die DSTG NRW das Thema des FDP-Antrages vom 17.10.2023 noch aus. Es gehe nicht nur um die Besoldung des Jahres 2022. Vielmehr seien auch die riesige Anzahl von offenen Besoldungswidersprüchen für die Jahre bis 2021 klärungsbedürftig.

Nach Auffassung der DSTG ist der Besoldungsgesetzgeber verpflichtet, jährlich eine vollständige Prüfung der Kriterien für eine verfassungsfeste Besoldung vorzunehmen. Er könne sich für diese Prüfung nicht nur auf Klageverfahren oder Jahre mit Tarifverhandlungen beschränken. Die DSTG erwartet, dass die Landesregierung nach Jahren der Nichtentscheidung jetzt endlich zu verfassungsgemäßen Lösungen komme. Bis zur abschließenden Klärung müsse das Land auch in Fällen ohne konkreten Widerspruch auf die Einrede der Verjährung verzichten.

Durch die teils Jahrzehnte andauernden Verzögerungen summieren sich die eventuell erforderlich werdenden Nachzahlungen inzwischen zu einem erheblichen Haushaltsrisiko zu Lasten der Einkommen der Kolleginnen und Kollegen. Im Falle fälliger Nachzahlungen könnten sich inzwischen sogar Risiken für die Finanzstabilität des Landes NRW ergeben.

In der mündlichen Anhörung war die DSTG durch ihre stellv. Vorsitzende, Andrea Sauer-Schnieber vertreten. Der DBB NRW ermahnte während der Anhörung die Landesregierung, die bisherige Praxis die Widersprüche der Beamtinnen und Beamten gegen ihre Besoldung ruhend zu stellen, fortzuführen. Zugleich fordert er die Landesregierung auf, Amtsangemessenheit und Leistungsprinzip im Besoldungsgefüge wieder mehr in den Vordergrund zu rücken. Angesichts der hohen Inflation der Jahre 2022 und 2023 bestehe die Gefahr, dass der leistungsbezogene Abstand aller Besoldungsgruppen gegenüber dem erhöhten Bürgergeld nicht mehr gewährleistet ist. Damit werden neue Zweifelsfragen zum Thema „verfassungsrechtliche Besoldung“ aufgeworfen.

### 3. Flächenreduzierung in Sicht – Finanzämter werden kleiner

**Die Landesregierung hatte mit dem Aufstellungserlass zum Haushalt die Ressorts aufgefordert, ab dem 01.01.2024 bei neuen Baumaßnahmen nur noch 80 % des anerkannten Büroflächenbedarfs zu realisieren. Im Finanzministerium ist man schnell unterwegs: In der Finanzverwaltung werden Planungen für Um- Neu und Erweiterungsbauten gestoppt, um Umplanungen im Sinne dieser 80%-Regelung vornehmen zu können.**

Die Landesregierung hat die allgemeine Flächenreduzierung auf 80 % mit den Möglichkeiten von „Shared Offices“ und ähnlichen veränderten Nutzungsoptionen begründet. Tenor: Es sind nie alle Beschäftigten gleichzeitig an ihrem Arbeitsplatz in der Dienststelle. Daher kann eine Nutzungsteilung der Räumlichkeiten und der technischen Einrichtungen erfolgen, die in der Folge insgesamt (mindestens) 20 % Fläche einspart. In dieser Berechnung sind die Folgen „Mobiler Arbeit“ noch nicht enthalten. Der zusätzliche Bedarf für „Working Space“ aber auch nicht.

Der BLB hat entsprechende Regelungen in seinen Rahmenerlass aufgenommen.

In der Finanzverwaltung will man die Einsparung von Flächen nicht erst bei Neubauprojekten realisieren. Vielmehr will man bestehende Projekte stoppen, um mit Umplanungen einen frühzeitigen Vollzug der neuen Raumvorgaben zu realisieren. Mehrkosten und Verzögerungen werden zugunsten langfristig erzielbarer Kosteneinsparungen in Kauf genommen.

Gleichzeitig soll geprüft werden, in welchem Umfang flexible Raumkonzepte für ein Projekt „Working Space“ bzw. für neue Arbeitsformen bereitgestellt werden können bzw. in die Planungen mit einfließen müssen. Nach Auffassung der DSTG ein Widerspruch: Erst wird der Flächenbedarf gekürzt, dann die Büros abgemietet oder erst gar nicht gebaut, dann geht man auf die Suche nach Büroraum für neue Arbeitsformen. Dabei sind die erforderlichen Rahmenbedingungen für „Shared Offices“, z.B. die aktenfreie Bearbeitung oder ein interaktives Raumbelugungssystem, bei weitem noch nicht geschaffen.

Aktuell und in naher Zukunft sieht die DSTG wenig Spielraum für Flächeneinsparungen. Ja, „Mobile Arbeit“ ist ein Erfolgsmodell. Aber auch deshalb, weil die Beschäftigten in ihrer Dienststelle noch über einen eigenen Arbeitsplatz verfügen. Und ob die Vorzüge der kurzen Wege bei „Mobiler Arbeit“ auf lange Sicht den Erfahrungsaustausch und die Teamarbeit in der Dienststelle ersetzen können, ist bisher noch offen. Schließlich steht derzeit ja auch die Organisationsstruktur der Finanzverwaltung auf dem Prüfstand. Mit Folgen für die Ablauforganisation im Land.

Wechselnde Arbeitsplätze sind nicht generell problematisch. Solange aber noch Steuerakten die Finanzamtswirklichkeit dominieren, wird das nichts mit dem täglich wechselnden Arbeitsplatz. Und wann das mit einer echten E-Akte klappt, weiß vermutlich nicht einmal mehr die bundesweite KONSENS-Arbeitsgruppe.

In Wirtschaft und Industrie werden offene Bürokonzepte aktuell kritisch hinterfragt. Das Land NRW hingegen fängt jetzt erst an, den Büroraum von morgen für ein nicht geprüftes Arbeitsmodell von heute (oder gar gestern?) zu planen. Und das alles mit dem Ziel, möglichst schnell möglichst viel Geld einzusparen. Die Rolle der Mitarbeiter, deren Ansprüche und Bedürfnisse treten dabei anscheinend in den Hintergrund. Keine gute Vorgehensweise. Zufriedenheit mit dem Arbeitgeber hat immer auch was mit der Zufriedenheit mit der Arbeitsumgebung zu tun. Einsparungen können da teuer werden. Fachkräftemangel ist überall! Zu wenig Bürofläche nicht!

Mit kollegialen Grüßen

Manfred Lehmann  
Vorsitzender